

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckersitz: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Camminummer 25 241.
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Versand monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., die einpaltige 7 mm breite Zeile 1.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1paltige An- u. Verkäufe 25% Vorzugsplätze sind Tarif. Auswärts, Anträge evtl. Verensbezahl. Anzeigenpreis d. Vorabendblattes 40 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenabteilung:
Markenstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Siegel & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1058 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Inoffizielle Meldungen werden nicht aufbewahrt

Die Maßregelung der Streikschuldigen.

Die Richtlinien des Reichskabinetts.

Berlin, 9. Febr. Das Reichskabinett hat gestern in einer Kabinettsitzung folgende Richtlinien

aufgestellt, nach denen die Maßregelung der streikenden Eisenbahnbeamten erfolgen soll:

1. Das ordentliche Disziplinarverfahren wird einseitig gegen Beamte, die Urheber des Streiks sind oder soweit sie Sabotageakte oder gewalttätige Eingriffe in den Betrieb ausgeführt, oder andere Beamte an der Erfüllung ihrer Dienstpflicht mit Gewalt oder durch Androhung von Gewalt gehindert haben.

2. Soweit einzelne Beamte wegen des Streiks zur Verantwortung gezogen werden, sollen nur Ordnungsmäßigkeiten verhängt werden, sofern sie alsbald zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht zurückkehren. Geldstrafen sollen nur in Sonderfällen verhängt werden.

3. Ueber das Dienstverkommen während der Streiktage gilt § 15 Abs. 3 des Reichsbeamtengesetzes: Nichtbezahlung der Streiktage.

4. Soweit Disziplinarverfahren bereits eingeleitet sind, sollen sie im Rahmen der Grundzüge zu 1 nach den gesetzlichen Bestimmungen weitergeführt werden. Die länderbaren Beamten sollen nach den gleichen Grundzügen behandelt werden.

Die weiter mitgeteilt wird, sollen als Urheber nicht nur die Beamten gelten, die an der Zentralstelle, sondern auch die im Reich in den Bezirksbezirken zum Ausbruch oder zur Fortsetzung des Streiks hervorragende Mitarbeiter haben. Ähnliche Beamte, die unter Umständen, sind zu entlassen. Soweit sie schon entlassen sind, werden sie nicht wieder eingestellt. Das Reichskabinett hat weiter beschlossen, auch gegen alle Beamte vorzugehen, die sich der Verschlimpfung oder Belästigung von Beamten schuldig gemacht haben, die während des Streiks tätig waren.

Die ersten Maßregelungen.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Berlin, 9. Febr. Die ersten Maßregelungen anlässlich des Eisenbahnstreiks sind heute früh erfolgt. Im Güterbahnhof Spandau wurde vier Beamten das Betreten der Dienstgebäude auf Anordnung des Eisenbahnpräsidenten untersagt. Am Verschlebebahnhof Kummelsburg wurden drei Beamte nach Hause geschickt, weil sie an Sabotageakten während des Aufstandes aufgefunden hatten. In Groß-Berlin sind Mittwoch gegen 85 Prozent der streikenden Eisenbahner und Lokomotivführer wieder zum Dienst erschienen.

Berlin, 9. Febr. Wegen den Leiter der Gewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamter, den früheren Polizeisekretär Joch, der einen Aufruf erlassen hatte, in dem zur Unterstützung der streikenden Eisenbahner aufgerufen wurde, ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

Halle, 9. Febr. Wegen drei Führer der hiesigen Reichsgewerkschaft, den Eisenbahnsekretär Zicker und gegen zwei Lokomotivführer, ist auf Anordnung des Reichsverkehrsministers ein Disziplinarverfahren mit vorläufiger Dienstentlassung wegen Aufforderung zum Generalstreik eingeleitet worden.

Erfurt, 9. Febr. Hier wurden gestern mehrere Mitglieder der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten verhaftet. Darunter befanden sich der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, Eisenbahnsekretär Rißner.

Um die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 9. Febr. Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern mit der offiziellen Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten. Die Regierung tritt heute nochmals zu einer Beratung darüber zusammen. Die Verschlebung soll vom Grade der Wiederaufnahme der Arbeit abhängig gemacht werden. Nach den vorliegenden Berichten der Eisenbahndirektoren wird bereits für heute mit einem ziemlich fahplanmäßigen Verkehr gerechnet. Anfolgedessen rechnet man in sozialdemokratischen Kreisen auch mit einer Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten noch im Laufe des Vormittags. Die Angelegenheit der Maßregelungen, die der Reichskanzler in seiner heutigen Rede im Reichstag ansprechen wird, wurde in der gestrigen Kabinettsitzung nochmals besprochen.

Die bürgerlichen Parteien für ein gesetzliches Beamtenstreikverbot.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 9. Febr. Im Anschluß an die heute vom Reichskanzler im Reichstag abzugebende Erklärung wird eine Besprechung seitens der einzelnen Parteien folgen. Die bürgerlichen Parteien werden einem hiesigen Mittagsblatte zufolge von der Regierung ein Gesetz fordern, das die Streiks für Beamte bei sofortiger Entlassung unter Aufhebung der entgegenstehenden Bestimmungen des Beamtenrechts verbietet, und die Regierung aufzufordern, in Erwägungen über ein Notpflichtgesetz, das der Technischen Nothilfe bei Streiks Beamtenbefugnisse gibt, einzutreten, eventuell ein technisches Dienstjahr einzuführen. Auch soll angeregt werden, Streiks in lebenswichtigen Betrieben, die trivial vom Jaune gebrochen werden, unter Strafe unter Abänderung des Strafgesetzbuches zu stellen, wenn durch solche Streiks Menschenleben gefährdet werden.

Betriebswiederaufnahme im Reich.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 9. Febr. Ueber die allgemeine Lage bezüglich des beendeten Eisenbahnstreiks wird mitgeteilt, daß in den meisten Bezirken der Dienst gestern wieder aufgenommen wurde. Am übrigen ist der Betrieb bei der gestrigen Nachtlicht oder heute früh in Gang gesetzt worden. Nur in Braunschweig dauerte der Streik fort. Die Schupo sowie die Technische Nothilfe sind nur noch an wenigen Stellen tätig. Es wird versucht, schon von morgen ab den fahplanmäßigen Dienst wieder aufzunehmen, allerdings nur in beschränktem Umfang, da viele Lokomotiven durch Entzerrten beschädigt sind und weil sich vielfach Kohlenmangel bemerkbar macht. Die Ausnahme des Betriebes kann aus diesen Gründen nur langsam erfolgen.

Aus den einzelnen Eisenbahndirektionsbezirken liegen folgende Meldungen vor:

Berlin. Die Beamten und Arbeiter haben die Arbeit fast vollständig wieder aufgenommen. Der Betrieb ist auf einigen Bahnhöfen gestern abend, auf den übrigen heute früh 6 Uhr aufgenommen worden. In das Lokomotivpersonal bei Ausbruch des Streiks die mit Wasser gefüllten Lokomotiven verbleibt, so wurde durch die Härten der Frost eine ganze Anzahl von Lokomotiven in wesentlichen Teilen so stark beschädigt, daß ihre Wiederherstellung längere Zeit erfordern wird. Die Aufnahme des normalen Betriebes, insbesondere auf der Stadt- und Ringbahn, wird daher nur langsam und mit großen Schwierigkeiten durchgeführt werden können.

Magdeburg. Auf Bahnhof Belzig haben sich die Lokomotivführer ausnahmslos zum Dienst gemeldet. Die Lage hat sich erheblich gebessert. Es ist anzunehmen, daß bis heute abend 10 Uhr das gesamte Personal des Dienst wieder aufgenommen wird, mit Ausnahme von Braunschweig, wo beschloffen wurde, im Streik zu verharren. Die Zahl der gestrichenen Blige hat sich auch im Laufe des gestrigen Tages wesentlich gehoben.

Halle. Die Wiederaufnahme der Arbeit wird heute erwartet. Die Betriebs- und Verkehrsfrage, sowie die Zahl der abgehenden Blige hat sich ganz wesentlich gebessert.

Kassel. Die Streikenden haben sich im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends an allen Orten wieder zum Dienst gemeldet. Ein Teil des Lokomotivpersonals hat sich von selbst erboten, bei der Wiederherstellung der froh beschädigten Lokomotiven mitzuarbeiten. Auch die übrigen Lokomotivbeamten wurden dazu aufgefordert. Schuposel und technische Hilfe wurden zu rüdgazogen.

Eberfeld. Die Arbeit wird allgemein wieder aufgenommen, nur in Altenhumben soll noch eine Verammlung der Streikenden abgehalten werden. Schupo und Nothilfe wurden zurückgezogen.

Frankfurt a. M. Soweit bisher schaukelten war, ist die Aufnahme der Arbeit überall durchgeführt. Die Mäntung und Andetriebnahme der Bahnhöfe ist im Gange. Technische Nothilfe und Schupo werden langsam zurückgezogen. Einzelne Sabotageakte, wie andören von Heisungen, Entwinden von Schläuchen und Rienen, sowie Aushaken von Ventilen, werden gemeldet, doch sind ernste Folgen nicht eingetreten.

Wiesbaden. Die Wiederaufnahme der Arbeit vollzieht sich überall reibungslos. Der regelmäßige Fahrplan wird wieder durchgeführt.

Hannover. Der Rangierdienst auf dem im Erfurter Bezirk liegenden Bahnhof Probstzella wurde durch hannoversches Personal und hannoversche Lokomotiven durchgeführt. Der Eisenbahnbetrieb leidet unter der großen Kälte (- 23 Grad Celsius).

Münster. Zeit gestern abend 6 Uhr sind zwei Drittel des normalen Betriebes im Gange. Vom 10. Februar ab hofft man den vollständigen Betrieb wieder aufnehmen zu können. Schupo und Technische Nothilfe konnten zurückgezogen werden.

Odenburg. Die Arbeiten wurden auf Grund des Telegramms der Reichsgewerkschaft von allen Beamten wieder aufgenommen.

Altona. Die Bediensteten sind fast überall zur Arbeit zurückgekehrt. Der Uebergang in den normalen Betrieb kann naturgemäß nur langsam durchgeführt werden, vollzieht sich aber reibungslos. Nur in Wittenberge sind die Streikenden noch nicht zum Dienst erschienen, da die Nachricht über die Einstellung des Streiks für acthöchst gehalten wird.

Breslau. Das Personal ist bis auf 47 Mannsdorfer Lokomotivführer in den Dienst zurückgekehrt. Der Betrieb ist auf allen Strecken in erhöhtem Maße aufgenommen. Der volle Betrieb wird ab 10. Februar im Gange sein. Die Schupo und die Technische Nothilfe halten sich in Bereitschaft.

Die Wiederaufnahme der Arbeit in Berlin.

Berlin, 9. Febr. Zum Abbruch des Streiks der händlichen Arbeiter wird noch mitgeteilt: Die Wasserwerke sind bereits im Gange, die Elektrizitätswerke zum größten Teil und bei den Gaswerken dürfte eine baldige Betriebsaufnahme möglich sein. Am langsamsten wird die Rückkehr zum normalen Betrieb bei der Straßenbahn auf sich warten lassen, doch hofft man, daß bereits heute nachmittags die ersten Wagen in einzelnen Straßenbahnen der inneren Stadt verkehren können. Dem Transport- und Gemeindegewerkschaftsverband ist durch Stadtbaurat Küler mitgeteilt worden, daß das gesamte Personal der Straßenbahn entlassen sei und eine Neueinstellung von heute früh 8 Uhr ab stattfinden würde. Heute früh sollte aber zunächst nur ein Viertel der Belegschaft, etwa 3 bis 4000 Mann, mittags ein weiterer Teil eingestellt werden und vielleicht auch abends. Dabei behält sich die Verwaltung vor, betrieblich bisher erwiesenermaßen ungeeignete und sonst unerwünschte Kräfte auszuschalten. Infolge der Wiederbetriebsaufnahme der Elektrizitätswerke ist wieder unbeschränkter Fernverkehr einoführt.

Hardings Antwort auf die Einladung nach Genua.

Paris, 9. Febr. Der „New York Herald“ meldet aus Washington, Harding werde heute morgen die Antwort auf die Einladung zur Konferenz von Genua nach Rom abgeben lassen. Sie werde morgen nachmittags veröffentlicht werden. Man glaube zu wissen, daß der Präsident in der Antwort, obgleich er augenblicklich nicht in der Lage sei, die Einladung anzunehmen, sich mit den allgemeinen Zielen der Konferenz einverstanden erklären und das Versprechen abgeben werde, daß Amerika sein Bestes tun werde, um an der wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt mitzuarbeiten. Harding werde die Lage so darzustellen, wie sie nach Ansicht der amerikanischen Regierung sein müßte, und werde es Europa überlassen, daraus seine eigenen Folgerungen zu ziehen. (S. T. B.)

Konferenzvertagung bis 21. April?

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Genf, 9. Febr. „Journal des Debats“ meldet: Nach der prinzipiellen Zustimmung der englischen und belgischen Regierung zur Vertagung der Konferenz von Genua hat das französische Kabinett nunmehr der alliierten Regierungen vorgeschlagen, die Konferenz am 21. April zusammenzutreten zu lassen. Bis dahin sei die Regelung der deutschen Zahlungen für 1922, die außerhalb der Tagesordnung der Konferenz stehe, direkt durch die Alliierten zur abschließenden Verhandlung mit der deutschen Regierung zu bringen.

Englands Standpunkt gegenüber der Konferenz von Genua.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Bafel, 9. Febr. Nach einer Londoner Sondermeldung, die einige Angaben über die Grundzüge der englischen Antwort auf die französische Note wegen Genua enthält, mißbilligt die englische Regierung alles, was die Eröffnung der Konferenz von Genua verzögern könnte. Was die weiteren französischen Wünsche über die vorherige Festlegung des Programms betrifft, wie z. B. Bedingungen, unter denen die deutschen und russischen Delegierten zur Konferenz zugelassen werden sollen, die Unanständigkeit der Verträge, des Völkerbundes usw., so hält es die englische Regierung für unzulässig, schon vor der Konferenz alle Bedingungen festzusetzen, unter denen die zu behandelnden Angelegenheiten besprochen werden sollen, und der Konferenz schon im voraus den Gang der Verhandlungen und der Schlussfolgerungen zuzuschreiben.

Die Kleine Entente gegen Rußland.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Prag, 9. Febr. Die „Prague Abendzeitung“ veröffentlicht folgende Depesche aus Belgrad: Zwischen Prag, Buzarek und Belgrad werden Verhandlungen geführt, die eine in Belgrad abzuhaltende Beratung der kleinen Entente zum Ziele haben. Es soll ein gemeinsamer Standpunkt gegenüber der Sowjetregierung festgelegt werden, den dann die kleine Entente auf der Konferenz von Genua vertreten wird.

Die Kabinettsbildung de Nicolas geheimer.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Mailand, 9. Febr. Der italienische Kammerpräsident de Nicola hat die Bildung des neuen Kabinetts am Dienstag nach einer längeren Unterredung mit dem Abnia abgelehnt, weil die Katholiken für ihre Mitwirkung an der Regierung Bedingungen und Ansprüche stellen, die von den Demokraten abgelehnt wurden. Die Ablehnung de Nicolas hat in den Verhandlungen nicht wenig Eindruck gemacht. Es wird bereits von der Auflösung der Kammer und von Ausschreibung von Neuwahlen gesprochen. „Corriere della Sera“ verurteilt scharf die Haltung einzelner Führer der Demokraten, wodurch die Lage schwieriger als je geworden sei. Die Katholische Volkspartei habe durch ihre Bedingungen ihren bisherigen Einfluß in der Regierung außerhalten wollen. Man müsse annehmen, daß die Vertreter der Demokraten entweder die Lage verkauft oder die Abkist gehabt hätten, das Kabinett de Nicola schon bei seinem Entschluß zum Umsturz zu bringen.

Rom, 8. Febr. Nachdem Nicola die Kabinettsbildung abgelehnt hat, ist Orlando vom König damit betraut worden. (S. T. B.)

Rom, 9. Febr. Nach einer weiteren Meldung des „Corriere della Sera“ über ein mögliches Kabinett Giolitti beabsichtigt Giolitti, mit den Katholiken in Verhandlungen einzutreten, um ihre Unterstützung zu erhalten.

Französische Entschädigungsforderungen für PETERSDORF?

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Paris, 9. Febr. Aus amtlichen Kreisen wird mitgeteilt, daß die Regierung nach dem Ministerrat bei Mitterand verstanden hat, daß sie den Ansinnenfall in PETERSDORF als eine ernste Handlung betrachte, die neue Verhältnisse zur Sicherstellung der französischen Truppen in Deutschland zur Folge haben muß. Poincaré wird von der alliierten Militärkommission in Oberirdischen fordern, daß diese Maßnahmen trifft, um alle deutschen nationalistischen Agitatoren aus den von französischen Truppen besetzten Orten zu entfernen. Die Desinfektion, die Presse, Versammlungen und die Verwaltungsorganisationen sollen scharf überwacht werden. Poincaré habe Molani erklärt, daß PETERSDORF der letzte Fall sein müsse, daß einem französischen Staatsangehörigen in Deutschland auch nur ein Haar gekrümmt werde. Der Berliner Korrespondent des „Journal“ mußte bereits mitteilen, daß die deutsche Regierung eine Entschädigung von 50 Millionen Mark zahlen müsse, außer den anderen Genugtuungen, die diesmal scharfer sein müßten. (S. T. B.)